

Niederschrift

über die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich -

Datum: 17.05.2010

Ort: Ratszimmer, Rathaus Grüna, Chemnitzer Straße 109, 09224 Chemnitz

Zeit: 19:00 Uhr - 20:30 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

Beschlussfähigkeit

Soll:	12	Ortschaftsräte + Ortsvorsteher
Ist:	8	Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

Anwesenheit

Ortschaftsratsmitglieder

Herr Dr. Fritz Hähle		Urlaub
Frau Angela Schneider	DIE LINKE	privat verhindert
Frau Christine Schubert		krank
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	dienstlich verhin- dert

Ortsvorsteher

Herr Lutz Neubert

Ortschaftsratsmitglieder

Herr Patrick André
Herr Ronny Bernstein
Herr Gunter Elsner
Herr Ullrich Hammer
Herr André Mai
Herr Gunther Möbes
Herr Thomas Renneberg
Herr Fritz Stengel

Schriftführerin

Frau Christine Vieweg

1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ortsvorsteher **Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – und begrüßt die Mitglieder des Ortschaftsrates, Herrn Münster sowie die Bürger von Grüna.

2 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgelegt**.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - vom 19.04.2010

Die Niederschrift des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – vom 19.04.2010 lag zur Einsichtnahme aus. Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Die Niederschrift ist somit **genehmigt**.

4 Beschlussvorlagen an den Ortschaftsrat

4.1 Zuweisung finanzieller Mittel an den Heimatverein Grüna e. V. zur Durchführung einer zentralen Veranstaltung im Jahr 2010
Vorlage: B-134/2010 Einreicher: OV Grüna

Herr Stengel erläutert für die „neuen“ Ortschaftsratsmitglieder sowie für die anwesenden Bürger den Hintergrund dieses Beschlusses, der seit 2004 in dieser Form gefaßt wird (Stadtratsbeschuß Nr. B-21/2004 über die Bereitstellung von 3.000,-€, zur Ausgestaltung eines zentralen Ortsfestes). Nach Beschluss des Ortschaftsrates wird der Betrag dem Heimatverein Grüna e.V. zweckgebunden zur Gestaltung der Grünaer Kirmes zur Verfügung gestellt.

Beschlussvorlage Nr. B-134/2010

Der Ortschaftsrat Grüna stimmt der Zuweisung finanzieller Mittel an den Heimatverein Grüna e.V. zur Durchführung einer zentralen Veranstaltung im Jahr 2010 **einstimmig** zu.

4.2 Umverteilung finanzieller Mittel an die ortsansässigen Vereine
Vorlage: B-147/2010 Einreicher: OV Grüna

Herr Neubert erklärt zur Umverteilung der Mittel an die Grünaer Vereine, dass in diesem Jahr eine vorläufige Kürzung um ca. 20 € je Verein in Kauf genommen werden müsse, um im Verlauf des Jahres noch über eine kleine Reserve verfügen zu können. Wegen eines anstehenden Jubiläums erhält die Ortsgruppe Grüna der Volkssolidarität den ungekürzten Betrag.

Beschlussvorlage Nr. B-147/2010

Der Ortschaftsrat Grüna stimmt der Umverteilung finanzieller Mittel an die ortsansässigen Vereine gem. Anlage 1 **einstimmig** zu.

5 Angekündigte Sparmaßnahmen der Stadt Chemnitz

Herr Neubert stellt eingangs fest, dass er (wie die anderen Ortschaftsräte und die Bürger auch) erst über die Presse vom Vorschlag der Stadtverwaltung erfahren

habe, im Rahmen des Sparkonzeptes der Stadt Chemnitz die Ortschaftsräte ab 2014 abzuschaffen. Er habe Frau OB Ludwig schriftlich gebeten, zur heutigen OR-Sitzung einen kompetenten Vertreter der Stadtverwaltung zu entsenden, um diesen Sachverhalt zu erläutern, sowie dem Ortschaftsrat eine möglichst detaillierte Aufstellung zu übergeben, welche Kosten seine Tätigkeit im Jahre 2009 für den Stadthaushalt verursacht hat. Beiden Bitten sei nicht entsprochen worden. Frau Ludwig habe auf den Brief gar nicht reagiert, stattdessen habe die Leiterin des Amtes 15, Frau Georgi, geschrieben und angerufen mit der Kernaussage, dass der Ortschaftsrat Grüna nähere Informationen zum Sparkonzept erst im Rahmen einer allgemeinen Veröffentlichung erhalte und seine Stellungnahme dann im Vorfeld des Stadtratsbeschlusses äußern könne.

Herr Stengel stellt mit Hilfe eines Beamers die ersten Seiten des Sparkonzeptes vom 19. April vor, das der Internetseite der Stadtverwaltung zu entnehmen war. Die prinzipielle Notwendigkeit von Sparmaßnahmen sei einleuchtend, wenn man die Einnahme-Ausfälle betrachte. Hauptproblem sei eine gravierende Kürzung der Schlüsselzuweisungen des Landes. Die größten Einschnitte seien (wie immer) in den Bereichen Soziales / Kultur / Jugend / Familie / Sport vorgesehen. Der Ortschaftsrat habe die Aufgabe, die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf Grüna zu prüfen. Dabei sei die Aufhebung der Ortschaftsverfassungen der wesentliche Punkt. Um deren Notwendigkeit aus Kostengründen beurteilen zu können, sei es Voraussetzung, diese Kosten zu kennen. Dann könne man schließlich auch unnötige Kosten einsparen, ohne gleich den ganzen Ortschaftsrat abzuschaffen. Es sei paradox, Kosten zu sparen durch die Abschaffung ehrenamtlicher Arbeit. Das Vorhandensein einer solchen Kostenaufstellung dürfe vorausgesetzt werden, wenn die Maßnahme mit den Kosten begründet werde. Andernfalls müsse man vermuten, dass es für die Abschaffung der Ortschaftsräte andere Beweggründe gebe und das Sparkonzept nur vorgeschoben sei. Schließlich habe es in der Stadt schon seit den Eingemeindungen nicht nur Befürworter der Ortschaftsverfassungen gegeben.

Herr Bernstein ist der Meinung, dass Mindereinnahmen infolge der Wirtschaftskrise schon seit einer Weile vorhersehbar waren und man sich hätte darauf einstellen müssen. Irgendwann gehe es auch wieder bergauf; so seien die Defizit-Angaben für 2013 zu unsicher und zu pessimistisch. Er schlägt vor, für unsere 750-Jahrfeier die Aufwandsentschädigungen der Ortschaftsräte zu spenden und damit der Stadt ein wenig aus der Krise zu helfen.

Herr Neubert weist darauf hin, dass die Abschaffung der Ortschaftsräte ein Vorschlag unter vielen sei und noch längst nicht beschlossen. Dazu müsse es noch viele Diskussionen geben, vor allem mit den Stadträten. – Den Verzicht auf die Aufwandsentschädigung sieht er als falschen Weg.

Herr Andrä meint, dass eine Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit jedem gesetzlich zustehe. Jeder solle selbst darüber befinden, ob er diese spendet, aber nicht dazu verpflichtet werden. – Die ganzen Probleme seien nur die Reaktion der Stadt auf die Wirtschaftskrise. Jede Krise brächte aber auch etwas Positives hervor. Allerdings sei auch er an den Zahlen der Stadt interessiert.

Herr Stengel warnt davor, erst dann aktiv zu werden, wenn die Beschlussvorlage an den Stadtrat vorliege. Dann seien Änderungen deutlich schwieriger. Nach geltendem Recht könne der Stadtrat tatsächlich allein über die Abschaffung der Ortschaftsräte entscheiden.

Herr Neubert verliest seinen erwähnten Brief vom 6.5.2010 an die Oberbürgermeisterin, der bisher nicht beantwortet wurde.

Herr Stengel weist auf das bevorstehende turnusmäßige Gespräch der Oberbürgermeisterin mit den allen Ortsvorstehern hin. Dort werde diese Frage voraussichtlich im Mittelpunkt stehen, und in den anderen Ortschaften werde es wohl die gleiche Meinung geben.

Herr Hammer erinnert, dass sich nach den Eingemeindungen auch viele Vertreter der Stadt für den Erhalt der Ortschaftsräte ausgesprochen hätten. Er sei nicht bereit, die mit der Abschaffung verbundenen herben Verluste zu akzeptieren.

Herr Stengel verweist darauf, dass die Arbeit der Ortschaftsräte nicht nur mit Kosten verbunden sei, sondern auch Nutzen für das Gemeinwesen der Stadt brächte. Zum einen würden Klärungen vor Ort so manche Arbeits- und Wegestunde der Stadtverwaltung einsparen, zum anderen könne der Ortschaftsrat oft ortsansässige Firmen bewegen, unentgeltlich Arbeits- und Sachleistungen für den öffentlichen Bereich zu erbringen. Das werde es dann nicht mehr geben. Zur nächsten Sitzung des Ortschaftsrates sollte die Stadtverwaltung erneut eingeladen werden und dazu die Wahlkreisabgeordneten des Stadtrates.

Herr Hammer wertet die Nichtteilnahme des eingeladenen Vertreters der Stadt als Missachtung der Arbeit der Ortschaftsräte.

Herr Möbes befürchtet, dass ohne Ortschaftsrat keiner mehr da wäre, der sich für kleinere örtliche Probleme verantwortlich fühle. Die Bürgernähe sei weg, und in der großen Stadt gingen gewisse Dinge unter. Als Beispiel nennt er den Neubau der beiden Buswartehäuschen.

6 Informationen des Ortsvorstehers

Pavillon an der Chemnitzer Straße

Nach näherer Prüfung musste nun doch ein Bauantrag gestellt werden, weil der Pavillon größer als 10m² sei. In diesem Zusammenhang solle er nicht an der Straße verbleiben, sondern hinter dem Haus im Garten aufgestellt werden. Zu dieser Variante gibt es keine Einwände.

Herr Andrá wundert sich über die lange Verweildauer dieses Schandfleckes an der Hauptstraße.

Sprudelstein am Hexenberg

Herr Neubert fragt nach dem Fortschrittstand der Inbetriebnahme des Sprudelsteins am Hexenberg.

Herr Herrmann verweist auf kleine Probleme, welche noch mit Herrn Mai geklärt werden müssten. Der Vertrag sei aber da und der Termin Anfang Juni nicht gefährdet.

Stellungnahme der Stadt Chemnitz zum Bauvorhaben „S242n“

Herr Neubert erinnert an die umfangreiche Stellungnahme, welche in der März-Sitzung des Ortschaftsrates beraten und beschlossen worden war. Daraus findet sich in der Stellungnahme der Stadt außer einigen unbedeutenden Passagen nichts wieder.

Herr Stengel stellt mit Bedauern fest, dass diese Verfahrensweise die im März auch geäußerten Meinungen bestätigt, der Ortschaftsrat sollte nicht zuviel Zeit für dieses Thema aufwenden, da seine Stellungnahme keine Bedeutung habe. Er berichtet über ein Telefonat mit Herrn Michalla vom Stadtplanungsamt, in welchem dieser sinngemäß erklärt habe, seitens der Stadt seien aus der Grünaer Stellungnahme alle die Punkte gestrichen worden, die ihrer Auffassung zuwiderliefen. In der Hauptsache sei die vorliegende Planung überdimensioniert, während der Ortschaftsrat im Gegenteil Bedenken über die ausreichende Durchlässigkeit des prognostizierten Verkehrs hatte. Das Tiefbauamt habe den Auftrag erhalten, den Ortschaftsrat darüber zu informieren, dies aber offenbar versäumt.

Selbst wenn man das Primat der Stadt in diesem Verfahren akzeptiere, sei es nicht in Ordnung, beim Zitieren des Ortschaftsrates den Eindruck zu vermitteln, dies sei dessen komplette Stellungnahme, und mehr sei ihm nicht eingefallen, meint Herr Stengel. Es entstehe der Eindruck, dass die geplante Abschaffung der Ortschaftsräte in mancher Amtsstube bereits vollzogen sei.

Herr Hammer meint, dass man es offenbar mit inkompetenten Leuten zu tun habe. Er fordert Aufklärung von den Verantwortlichen.

Herr Stengel zitiert zum Abschluss einige Passagen aus dem ornithologischen Teil des 14-seitigen Schreibens. Der Umfang und die Akribie dieses Abschnitts löst bei den Ortschaftsräten Kopfschütteln aus.

7 Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

Herr Hammer weist nochmals auf den Kahlschlag an der Kreuzung Dorfstraße / Limbacher Straße hin. Die Bodendecker wurden radikal zurück geschnitten, so dass nur noch das Unkraut grün sei. Er fordert Schadensersatz.

Herr Elsner fragt an, was mit der Rasenmähd des Bolzplatzes wird. Seit vielen Jahren bestehe dieses Problem.

Herr Neubert berichtet erfreut, dass die Fußball-Kinder nun auf dem Schulsportplatz trainieren dürfen. Im Gegenzug würde der dortige Rasen durch den Verein gemäht. Am Bolzplatz könnte das die Jugendfeuerwehr tun, wenn sie den Platz für ihren Verein nutzen möchte. Allerdings sollte dabei beachtet werden, dass der Bolzplatz öffentlich und somit für alle nutzbar sei. Der Ortsvorsteher wird sich darum kümmern.

Herr Neubert informiert weiterhin über den Abschluss der Kanalarbeiten auf der Dorfstraße und dabei aufgetretene Probleme mit dem Deckenschluss.

Herr Münster bekam dazu eine Stellungnahme und berichtet folgendes:

Ursprünglich sei vereinbart worden, im Rahmen der Kanalbaumaßnahme nur die Rohrgräben zu verschließen. Die Festlegung des vollständigen Deckenschlusses mit einer Schwarzdecke über die gesamte Straßenbreite sei sehr kurzfristig erfolgt. Es stelle sich für ihn so dar, dass der Informationsfluss zu wünschen übrig ließ.

Herr Stengel stellt fest, dass das Ergebnis in Ordnung sei, alles andere sei Geschichte. Bei künftigen Maßnahmen müsste jedoch die rechtzeitige Benachrichtigung der Anwohner sichergestellt werden. Der Ortsvorsteher sollte zu den Baubesprechungen eingeladen werden, um ausreichend informiert zu sein und rechtzeitig reagieren zu können.

Herr Münster stellt klar, dass nicht jede Zwischeninformation mit dem Ortschaftsrat abgestimmt werden kann.

Herr Neubert stellt abschließend fest, dass den Baufirmen kein Vorwurf gemacht werden sollte, sie hätten ihre Arbeit tadellos verrichtet.

8 Einwohnerfragestunde

Herr Anger weist erneut auf die Sichtbehinderung beim Auffahren von der Limbacher auf die Chemnitzer Straße bei Ampelausfall hin.

Herr Neubert stellt dazu fest, dass die Ampel nur am Sonntag bzw. nachts außer Betrieb und die Sichtbehinderung nicht gravierend sei. Trotzdem hätte er hat den Eigentümer aufsuchen wollen, aber nur den Hausmeister angetroffen. Man sollte zunächst nur einen Ast des Busches abtragen.

Herr Elsner möchte wissen, wie weit die Planungen für den Kanalbau an der Bergstraße fortgeschritten sind.

Herr Stengel ergänzt, dass sich die Anwohner auf ihren Kanalanschluss freuen, sich aber bereits jetzt Sorgen machen, wie sie während der Bauarbeiten ihre Grundstücke erreichen sollen, denn die Bergstraße sei sehr eng.

Herr Münster wird die Befürchtungen der Anwohner aufnehmen.

Herr Herrmann kommt auf die Deckschichterneuerung nach dem Kanalbau zurück. Er verstehe, dass die Stadt sparen müsse und es schwer vorauszusagen sei, wie der Deckenschluss gestaltet wird.

Herr Münster kann die Sicht der Bürger verstehen. Er erläutert nochmals die Aufgabenzuweisungen der Stadtverwaltung. Es sei jedoch ein gutes Ergebnis entstanden.

Herr Neubert informiert, dass diese Deckschichtlösung das Tiefbauamt 20.000,-€ mehr gekostet habe. Mit diesem Entgegenkommen sollten wir zufrieden sein.

Herr Bunzel macht auf kaputte Bänke am Waldrand aufmerksam. Was können wir tun um diese in Ordnung zu bringen?

Herr Neubert möchte erst einmal das eine Problem mit dem Waldrandweg an der Dachsbaude zu Ende bringen. Es soll aber nicht in Vergessenheit geraten.

Frau Graubner fragt Herrn Münster persönlich nach Möglichkeiten des Anschlusses an das Abwassernetz auf Böttchers Weg. Ihr Grundstück sei nicht im Abwasserbeseitigungskonzept enthalten.

Herr Münster verweist darauf, dass das Konzept abgeschlossen sei. Schwierigkeiten gebe es immer, wenn bestehende alte Kanäle betroffen seien, über deren Beschaffenheit niemand Bescheid weiß. Dieses individuelle Problem müsse direkt zwischen Frau Graubner und dem ESC geklärt werden.

9 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna

..... Datum Lutz Neubert
Ortsvorsteher

..... Datum G. Elsner
Mitglied
des Ortschaftsrates

..... Datum R. Bernstein
Mitglied
des Ortschaftsrates

..... Datum Vieweg